

Niederschrift

über die in der 03. Sitzung des Kreistages am 11.12.2014 im Maywald-Saal des Kreishauses in Kleve gefassten Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung : 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung : 18:40 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung : 18:40 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung : 18:45 Uhr

anwesend sind

Angenendt, Brigitte	Kleve
Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Draack, Franz-Josef	Wachtendonk
Düllings, Paul	Issum
Elverfeldt von, Max	Weeze
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Fenger, Andre	Rees
Giesen, Heinz	Geldern
Heinzel, Freddy	Emmerich am Rhein
Hohl, Peter	Kevelaer
Kerkenhoff, David	Kalkar
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Klinkhammer, Robert	Rees
Koppers, Josef	Goch
Dr. Krebber, Klaus	Emmerich am Rhein
Mailänder, Josef	Straelen
Mulder, Andy	Kleve
Palmen, Manfred	Kleve
Papen, Hans-Hugo	Rheurdt
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Stevens, Agnes	Uedem
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Winkels, Lothar	Bedburg-Hau
Wolters, Stephan	Geldern
Beckers, Irmgard (bis 17 Uhr)	Issum
Berg, Josef	Kleve
Derstappen, Gertrud	Wachtendonk
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Friedmann, Peter	Rees
Helbing, Peter	Kerken
Kreutzmann, Andrea	Geldern
Plotke, Kathrin	Uedem
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein
Sander, Helma	Kalkar
Trenckmann, Bettina	Goch

Vopersal, Jörg
Weber, Otto
Wucherpfennig, Brigitte
Gorißen, Dietmar
Prof. Dr. Klapdor, Ralf
Wittenburg, Thomas
Höhn, Birgitt
Krystof, David
Dr. Prior, Helmut
Sickelmann, Ute
Terkatz, Hans-Hermann
Währisch-Große, Elke
Raubach, Müserref
Reuter, Tim
Habicht, Kai
Heinricks, Michael
Natrop, Mathias

Kevelaer
Straelen
Kleve
Kleve
Uedem
Issum
Rees
Goch
Kleve
Emmerich am Rhein
Straelen
Rheurd
Kleve
Geldern
Kerken
Kerken
Kranenburg

entschuldigt sind

Severin, Rainer

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Suerick, Wilfried
Boxnick, Zandra
Reynders, Rudolf
Baetzen, Jürgen
Franik, Günter
Dr. Heesen, Sylvia
Dr. Reynders, Hermann
Jansen, Christoph
Keuken, Ruth
Hälker, Silke
Voigt, Marion
Lamers, Silke
Pastoors, Jürgen
Luipers, Hans
Lamers, Monika
van Dülmen (Referendar)

als Schriftführerin

Windmüller, Christina

- - - - -

Vor Eintritt in die Tagesordnung erbittet Landrat Wortmeldungen im Rahmen der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner.

Herr Ralf Bressner aus Kleve führt aus, dass er in der Sitzung des Kreistages am 25.09.2014 eine Frage zum City-Bus gestellt hat. Er hatte sich erkundigt, ob die Möglichkeit besteht, dass der Auspuff des Busses nach oben verlegt werden kann. Hierauf habe er von der NIAG die Antwort erhalten, dass dies nicht möglich sei. Das Schreiben der NIAG stellt er zur Verfügung.

Herr Günter Chlewicki aus Goch äußert, dass er einen Beitrag im WDR gesehen habe, in dem berichtet worden sei, dass es beim Flughafen Weeze zu einem erheblichen Rückgang der Passa-

gierzahlen gekommen sei. Er erkundigt sich nach den finanziellen Auswirkungen auf den Kreis Kleve.

Landrat bedankt sich und merkt an, dass er das Schreiben der NIAG der Stadt Kleve weiterleitet. Die Frage von Herrn Chlewicki werde schriftlich beantwortet.

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist, die Einladungsfrist eingehalten und Ort und Zeitpunkt der Sitzung in der vorgeschriebenen Weise bekanntgemacht worden sind.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreistag beschlussfähig ist.

Landrat weist auf nachgereichte Unterlagen hin:

- Wahlvorschlag der CDU-Kreistagsfraktion zu Tagesordnungspunkt 5 „Ersatzwahl; hier: Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes im Betriebsausschuss Rettungsdienst des Kreises Kleve"
- Ergänzungsvorlage Nr. 158a/WP14 zu Tagesordnungspunkt 7 „Modernisierung des Kreistagsinformationssystems; hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der FDP-Kreistagsfraktion vom 25.11.2014" nebst Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.12.2014
- Wahlvorschläge der Fraktionen zu Tagesordnungspunkt 8 "Bildung eines Kreiswahlausschusses für die Landratswahl 2015 "
- Antrag Fachvereinigung Personenverkehr Nordrhein-Taxi-Mietwagen e.V. vom 22.08.2014 als Anlage zu Tagesordnungspunkt 14 „Gewerbliche Personenbeförderung; Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung über den Taxitarif für den Kreis Kleve"
- Ergänzungsvorlage Nr.159a/WP14 zu Tagesordnungspunkt 15 „Reaktivierung der Schienenverbindung von Kleve nach Nijmegen; hier: Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 25.11.2014" nebst Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 02.12.2014

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrats an die Kreistagsmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Erklärung.

- - - - -

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|----|--|----------|
| 1. | Hochschule Rhein-Waal;
hier: Vortrag zur Entwicklung | 124/WP14 |
| 2. | Beratende Mitgliedschaft im Kreisausschuss;
hier: Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 20.11.2014 | 154/WP14 |
| 3. | Forum für Seniorinnen und Senioren;
hier: Benennung von Mitgliedern | 137/WP14 |

- | | | |
|-----|---|----------|
| 4. | Ersatzwahl;
hier: Forum für Seniorinnen und Senioren | 141/WP14 |
| 5. | Ersatzwahl;
hier: Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes im Betriebsausschuss
Rettungsdienst des Kreises Kleve | 150/WP14 |
| 6. | Ersatzwahl;
hier: Jugendhilfeausschuss | 151/WP14 |
| 7. | Modernisierung des Kreistagsinformationssystems;
hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der FDP-
Kreistagsfraktion vom 25.11.2014 | 158/WP14 |
| 8. | Bildung eines Kreiswahlausschusses für die Landratswahl 2015 | 109/WP14 |
| 9. | Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA
hier: Anregung gemäß § 21 KrO NRW vom 14.09.2014 und Antrag
der Fraktionen | 111/WP14 |
| 10. | Kommunale Verbraucherpolitik im Kreis Kleve zum Thema machen
hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, der Kreistagsfraktion von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Kreistagsfraktion DIE LINKE /
PIRATEN vom 27.10.2014 | 136/WP14 |
| 11. | Gemeinsame Beschulung von Auszubildenden im Gastgewerbe am
Berufskolleg des Kreises Kleve in Kleve | 140/WP14 |
| 12. | Förderschulen im Kreis Kleve
Umsetzung eines Rahmenkonzeptes zur Zukunft der Förderschulen | 135/WP14 |
| 13. | Neubau des Berufskollegs in Geldern;
hier: Erweiterung des Investitionsvorhabens um eine Dreifach-
Sporthalle sowie Veräußerung der Dreifach-Sporthalle an der Ver-
numer Straße in Geldern ("Sporthalle an der Landwehr") | 142/WP14 |
| 14. | Gewerbliche Personenbeförderung
Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung über den Taxitarif
für den Kreis Kleve | 134/WP14 |
| 15. | Reaktivierung der Schienenverbindung von Kleve nach Nijmegen;
hier: Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und
FDP vom 25.11.2014 | 159/WP14 |
| 16. | Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 5 - Kalkar;
Öffentliche Auslegung des Entwurfs nach § 27c Landschaftsgesetz -
LG | 115/WP14 |
| 17. | Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 4 - Rees;
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitpla-
nung der Stadt Rees im Zusammenhang mit der Ausweisung von
Konzentrationszonen für Windenergie | 116/WP14 |

- | | |
|---|----------|
| 18. Rettungsdienst;
Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2013 und die
Entlastung des Betriebsausschusses für den Rettungsdienst des
Kreises Kleve | 144/WP14 |
| 19. Rettungsdienst,
Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2015 für den
Rettungsdienst des Kreises Kleve | 147/WP14 |
| 20. Mitteilungen | |
| 21. Anfragen | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | |
|---|----------|
| 22. Berichte aus den Beteiligungsgesellschaften des Kreises Kleve | 156/WP14 |
| 23. Mitteilungen | |
| 24. Anfragen | |

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 124 /WP14

Hochschule Rhein-Waal;
hier: Vortrag zur Entwicklung

Frau Prof. Dr. Klotz hält einen Vortrag zur Entwicklung der Hochschule Rhein-Waal. Der Vortrag ist in der Anlage beigefügt.

KTM Franken bedankt sich bei Frau Prof. Dr. Klotz für die geleistete Arbeit für die Region. Diese sei beispielhaft gewesen und seine Fraktion würde die Entscheidung der Hochschule akzeptieren, hätte sich aber eine andere Entscheidung für die Wahl der zukünftigen Präsidentin gewünscht.

KTM Engler bedankt sich für den Vortrag. Dem Vortrag konnte er entnehmen, dass Gebäude angemietet werden mussten. Daher möchte er sich erkundigen, ob die Hochschule von vornherein zu klein konzipiert worden sei.

Frau Prof. Dr. Klotz antwortet, dass dies auch eine Kostenfrage sei. Zudem sei damit zu rechnen, dass es auch wieder ein "abschmelzen" der Studierenden geben würde. Dann sei die Hochschule passgenau. Unternehmer in der Region würden davon profitieren, wenn Räume angemietet werden.

Landrat ergänzt, dass der Hochschulcampus vom Kreis Kleve nach den finanziellen Mitteln und Vorgaben des Landes gebaut worden sei. Die Hochschule sei für 5000 Studierende konzipiert worden. Man habe nicht erwartet, dass so kurzfristig das Soll-Ziel bereits überschritten werde. Es sei sehr erfreulich, dass die Hochschule als so attraktiv empfunden werde.

KTM Ulrich schließt sich dem Dank an Frau Prof. Dr. Klotz an. Diese habe eine immense Leistung vollbracht. Ihre Fraktion sei über die Entwicklung der Hochschule ebenfalls sehr erfreut. Positiv sei, dass Frau Prof. Dr. Klotz der Region erhalten bleibt.

KTM Sickelmann schließt sich dem Dank der Vorredner an und wünscht Frau Prof. Dr. Klotz für ihren weiteren Weg alles Gute.

KTM Natrop bedankt sich ebenfalls und erkundigt sich, wo Frau Prof. Dr. Klotz Optimierungsbedarf sieht und wie der Kreis Kleve ggfs. hier behilflich sein kann.

Frau Prof. Dr. Klotz antwortet, dass die Hochschule schnell gewachsen sei und es noch viele Entwicklungsmöglichkeiten und auch Optimierungsbedarf geben würde. Eine Hochschule sei sehr dynamisch und würde sich ständig im Entwicklungsprozess befinden. Belastend sei das Wohnungsangebot. Bis Kevelaer seien keine Wohnungen zu finden. Dies stelle die Hochschule vor einer immensen Herausforderung. Die Hochschule freue sich immer über Geldspenden. Nicht alles könne aus Mitteln des Ministeriums finanziert werden.

KTM Prof. Dr. Klapdor und KTM Raubach sprechen im Namen ihrer Fraktionen ebenfalls Dank aus.

Landrat bedankt sich für den Vortrag und überreicht Frau Prof. Dr. Klotz einen Blumenstrauß.

Kreistag nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 154 /WP14

Beratende Mitgliedschaft im Kreisausschuss;
hier: Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 20.11.2014

Landrat berichtet von der mehrheitlichen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses bei 1 Gegenstimme.

KTM Heinrichs führt aus, dass die Gegenstimme von ihm sei. Diese habe nichts damit zu tun, dass die Kreistagsfraktion von LINKE/PIRATEN nicht im Kreisausschuss vertreten sein soll. Es gehe darum, dass die Fraktion ein ordentliches Mitglied und nicht nur ein beratendes Mitglied stellen soll. In der ersten Kreistagssitzung sei eine Schwäche der Fraktion (Abwesenheit eines Mitglieds) von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausgenutzt worden, um einen Mitbewerber aus dem Kreisausschuss rauszuwerfen. Dies sei unverschämt. Für ihn gehöre jede Fraktion in den Kreisausschuss. Dem Beschlussvorschlag werde hier zugestimmt.

KTM Dr. Prior möchte dies richtig stellen. Seine Fraktion habe zunächst versucht durch einen Antrag zu bewirken, dass die Anzahl der Kreisausschussmitglieder auf 16 erhöht werde. Dann hätte seine Fraktion die Plätze erhalten, die der Stimmenanzahl angemessen sei. Dies hätte niemanden etwas gekostet und sei die präferierte Lösung gewesen. Da damit gerechnet wurde, dass der Antrag abgelehnt wird, wurde zur Sicherheit ein weiterer Antrag vorbereitet. Dies wurde der Verwaltung vorab angekündigt. Daher bittet er darum, dass die falschen Darstellungen nicht verbreitet werden.

KTM Raubach stellt dar, dass ihre Fraktion die Entwicklung akzeptiert und daher den Antrag auf beratende Mitgliedschaft gestellt habe.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Herr Rainer Severin wird zum beratenden Mitglied im Kreisausschuss bestellt. Herr Tim Reuter wird zum stellvertretenden beratenden Mitglied im Kreisausschuss bestellt.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 137 /WP14

Forum für Seniorinnen und Senioren;
hier: Benennung von Mitgliedern

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Als Mitglied im Forum für Seniorinnen und Senioren für die Stadt Goch wird Herr Ludger Hendriks, Dr. Wieschhölter-Straße 28, 47574 Goch, benannt.

Als Mitglied im Forum für Seniorinnen und Senioren für die Stadt Rees wird Herr Erwin Semelka, Goethestr. 5a, 46459 Rees, benannt. Als stellvertretendes Mitglied wird Herr Johann Bongardt, Lohrstr. 18, 46459 Rees, benannt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 141 /WP14

Ersatzwahl;
hier: Forum für Seniorinnen und Senioren

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Als stellvertretendes Mitglied im Forum für Seniorinnen und Senioren für die Gemeinde Wachtendonk wird Herr Hans-Joachim Ebel, Acignéring 1, 47669 Wachtendonk, benannt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 150 /WP14

Ersatzwahl;

hier: Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes im Betriebsausschuss Rettungsdienst des Kreises Kleve

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

In der Nachfolge für die sachkundige Bürgerin Frau Verena Rothbrust wird der sachkundige Bürger Herr Manfred Lorenz als stellvertretendes Mitglied in den Betriebsausschuss Rettungsdienst gewählt.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 151 /WP14

Ersatzwahl;

hier: Jugendhilfeausschuss

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Kreisausschuss

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Herr Christian Raubach, 47533 Kleve, wird als Nachfolger für Herrn Jürgen Preußner als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 158 /WP14
Vorlage Nr. 158 a/WP14

Modernisierung des Kreistagsinformationssystems;

hier: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion und der FDP-Kreistagsfraktion vom 25.11.2014 sowie Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 09.12.2014

KTM Prof. Dr. Klapdor möchte sich bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit bedanken. Seine Fraktion freut sich auf die Verbesserungen. Durch die Bürger-App ergibt sich auch für die Bürgerinnen und Bürger eine Verbesserung. Die Arbeit wird transparenter.

KTM Franken weist darauf hin, dass seine Fraktion 2012 bereits einen Antrag zur Verbesserung des Verfahrens gestellt hat. Angesichts der Masse an Papier würde es Zeit werden, dass auf ein digitales Verfahren umgestellt wird. Er sei erfreut, dass die ergänzenden Vorschläge seiner Fraktion mit in die Prüfung aufgenommen werden.

Kreistag nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 109 /WP14

Bildung eines Kreiswahlausschusses für die Landratswahl 2015

Landrat berichtet, dass bisher Wahlvorschläge der CDU-Kreistagsfraktion, der SPD-Kreistagsfraktion, der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Kreistagsfraktion vorliegen.

KTM Natrop erkundigt sich, ob es möglich sei, dass der Wahlvorschlag auf 10 Beisitzer/Beisitzerinnen erhöht wird, so dass alle Fraktionen vertreten sind.

Herr Suerick erläutert, dass sich bei einer Erhöhung auf 10 Beisitzer/Beisitzerinnen nur eine Verschiebung zwischen den größeren Fraktionen ergeben würde. Die Verwaltung hätte andernfalls diesen Vorschlag selbst unterbreitet.

Auf die Frage des Landrates nach weiteren Wahlvorschlägen ergehen keine Wortmeldungen.

KTM Ulrich bittet eine Ergänzung im Wahlvorschlag der CDU vorzunehmen. Es sei noch kein Stellvertreter für Herrn Lorenz benannt. Als Stellvertreterin wird Frau Anna-Kristin Seifert vorgeschlagen.

Landrat macht deutlich, dass die bisher eingereichten Wahlvorschläge als einheitlicher Wahlvorschlag angesehen werden und hierüber abgestimmt wird. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 3 Enthaltungen

Beschluss:

In den Kreiswahlausschuss zur Landratswahl 2015 werden folgende Mitglieder/stellvertretende Mitglieder gewählt:

Mitglied	Stellvertreterinnen/Stellvertreter
Ulrich, Ulrike	Schmidt, Gabriele
Mulder, Andy	Schreiber, Adolf
Düllings, Paul	Croonenbroek, Hubertina
Lorenz, Manfred	Seifert, Anna-Kristin
Rupp, Thorsten	Engler, Gerd
Eicker, Sigrid	Killewald, Norbert
Höhn, Birgitt	Krystof, David
Prof. Dr. Klapdor, Ralf	Meinert, Gabriele

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 111 /WP14

Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TiSA

hier: Anregung gemäß § 21 KrO NRW vom 14.09.2014 und Antrag der Fraktionen

Landrat berichtet, dass der Kreisausschuss den Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag verwiesen hat. Es sollte ein gemeinsamer Antrag erarbeitet werden. Ein solcher Antrag wurde bisher nicht eingereicht.

KTM Franken erinnert daran, dass sich die Fraktionen im Kreisausschuss verständigt hätten, dass er einen gemeinsamen Antrag vorbereitet. Dieses habe er gemacht und den Entwurf an alle Fraktionen gesendet. Die CDU- und die FDP-Kreistagsfraktion hätten die Rückmeldung gegeben, dass sie den Entwurf so nicht unterstützen, da die Punkte 1-5 zu linksgerichtet seien und so nicht abgesprachen gewesen seien. Er ist der Auffassung, dass der Entwurf sich an die Absprache hält und enttäuscht darüber, dass keine gemeinsame Stellungnahme zustande gekommen ist. Der gemeinsame Antrag mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird aufrechterhalten. Im Positionspapier sei unter Punkt Nr. 5 aufgeführt, dass ausdrücklich die Einberufung eines Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie für TTIP unter Beteiligung der Kommunen begrüßt werde. Somit seien sehr wohl auch die Kommunen gefordert sich detailliert mit dem Thema zu befassen.

KTM Sickelmann bringt ihr Bedauern zum Ausdruck, dass keine gemeinsame Stellungnahme zustande gekommen ist und sagt, dass ihre Fraktion den gemeinsamen Antrag mit der SPD-Fraktion aufrechterhält. Das Freihandelsabkommen sei eine Bedrohung für die Demokratie, da die Machtverhältnisse in Richtung Investitionsschutz für Konzerne verschoben würden. Das Abkommen würde sich gegen Menschen und demokratische Mitwirkung richten und die kommunale Daseinsvorsorge erschweren. Als demokratisch gewählte Vertreter müsse man alles Mögliche tun, um sich beim Europäischen Parlament Gehör zu verschaffen.

KTM Palmen möchte zunächst etwas darüber sagen, warum ein Freihandelsabkommen abgeschlossen wird und von den regierenden Koalitionen unterstützt wird. Dann möchte er etwas dazu ausführen, warum KTM Sickelmann das Abkommen als Bedrohung für die Demokratie und kommunale Daseinsvorsorge empfindet. Der Landkreistag spreche für über 300 Kreise, der deutsche Städte- und Gemeindebund für 13.200 Kommunen, der Städtetag für über 5.000 Kommunen und der VKU für rund 1.000 angeschlossene Unternehmen. Die vier hätten sich auf eine Positionierung geeinigt, in der alles drin stehen würde. Es gehe nicht darum, etwas Ideologisches hinzuzufügen. Darum sei der Beschlussvorschlag der Verwaltung, sich dem Positionspapier anzuschließen, ausreichend. Am 01.12. habe der Parteivorsitzende der SPD gesagt, dass alle Abkommen zu Ende verhandelt seien. Herr Gabriel habe am 05.12. vor dem deutschen Unternehmerverband erklärt, dass die Diskussionen um TTIP abenteuerlich dumm seien und Standards für den Welt-handel eine gigantische Chance seien. Am Montag habe Herr Gabriel auf einer Pressekonferenz

erklärt, dass die Bundesrepublik als Exportnation auf den freien Handel angewiesen sei und man nicht so tun dürfe, als wenn Deutschland eine gute Entwicklung nehmen würde, wenn die Freihandelsabkommen diskreditiert werden. Herr Gabriel habe angekündigt, eine Abstimmung unter allen SPD-Mitgliedern zum Freihandelsabkommen durchzuführen. KTM Sickelmann solle nicht einfach wiederholen, was ihre Partei zu dem Thema sage. Dies habe keine Substanz. Er könne nicht nachvollziehen, wieso die Demokratie bedroht sein soll, wenn der Freihandel in vernünftiger Form geregelt wird. Man solle den Regelungen eine Chance geben. Alles andere seien Mutmaßungen, die sich gegen die USA richten.

KTM Raubach erklärt, dass ihre Fraktion den gemeinsamen Antrag der Kreistagsfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt. Das Freihandelsabkommen sei nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger.

KTM Habicht führt aus, dass ihm aus Sicht eines gutgläubigen Bürgers sich nicht die Notwendigkeit eines Antrages und einer Resolution erschließen würde. Die Kanzlerin, Herr Gabriel und ein Fachgremium würden sich mit dem Thema beschäftigen. Man müsse daher davon ausgehen, dass genügend Fachkompetenz vorhanden ist und die Risiken bekannt sind. Wenn man die Resolution durchliest, stelle sich die Frage, ob die SPD-Kreistagsfraktion ihrer eigenen Führung die Kompetenz abspricht oder misstraut. Aus Sicht eines gewählten Volksvertreters könne er der Resolution zustimmen. Es würde gesagt, dass TTIP Wachstum und Arbeitsplätze schaffen würde. Er frage sich für wen. Es würde keine nachvollziehbaren Argumente aus der Wirtschaft hierfür geben. Herr Gabriel habe am 10.11. verkündet, dass Regelungen zum Freihandelsabkommen CETA zum Investitionsschutz nicht mehr komplett veränderbar seien. Dies sei beunruhigend. Herr Gabriel habe geäußert, dass wenn der Rest Europas das CETA-Abkommen haben wolle, Deutschland auch zustimmen werde. Kritikern sei Herr Gabriel scharf angegangen. Er habe gesagt, dass nicht der gesamte Prozess angehalten werden könne, weil einige ein Unwohlsein verspüren würden. Laut Herrn Gabriel sei es für Deutschland eine erhebliche Gefahr, sich vom Markt zu entkoppeln und wenn man hier Fehler machen würde, würden die nachfolgenden Generationen darunter leiden. Dies sei pure Angstmacherei. Es sei bedenklich, dass ein Minister Verfassungsänderungen durchbringen könne. Die bekannte Kanzlei Freshfields würde sich nun im Schiedsgerichtsmilieu beteiligen. Die Zahl der "Hinterzimmerklagen" habe sich seit 1996 verzehnfacht. Geheimverhandlungen mit einer solchen Tragweite hätten in einer Demokratie nichts zu suchen. Eine unabhängige Studie würde besagen, dass TTIP bis zu 583.000 Arbeitsplätze bis 2025 vernichtet, die Exporte und das Bruttoinlandsprodukt schrumpft und Löhne und Steuereinnahmen sinken. In den USA würden die Kennzahlen hingegen steigen. Der einzige Profiteur in der EU seien die Börsen. Von den ganzen Abkommen sei jedoch TiSA mit dem größten Risiko verbunden, da dieses Abkommen extrem geheim sei.

KTM Prof. Dr. Klapdor merkt an, dass allgemein bekannt sei, dass Deutschland eine Exportnation sei. Deshalb sei der Freihandel für uns ein hohes Gut. Arbeitsplätze würden nicht vernichtet, sondern zunächst gesichert. Er räumt ein, dass es bei den Abkommen einige Punkte geben würde, bei denen man kritisch hinschauen müsse. Da nicht alle Klauseln bekannt seien, werde man nicht darum herumkommen, der Bundesregierung zu vertrauen. Er nimmt an, dass die SPD-Fraktion ihrem Bundesminister insoweit vertraut, dass er im Interesse Deutschlands und der EU handelt. Die kommunalen Spitzenverbände hätten sich positioniert. Diese Positionierung sei sehr weitgehend. Schon im Kreisausschuss habe er ausgeführt, dass in dem Antrag der Kreistagsfraktionen keine weitergehenden Punkte aufgeführt seien. Auch der von KTM Franken erarbeitete Entwurf enthalte keine konkreteren Aussagen. Daher käme es leider nicht zu einer gemeinsamen Positionierung. Eine Positionierung des Kreises sei jedoch gewünscht und daher beantrage seine Fraktion über den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus dem Kreisausschuss abzustimmen.

KTM Rupp stellt dar, dass der Antrag seiner Fraktion sich nur auf das Abkommen TTIP und nicht die anderen Abkommen beziehe. Die Punkte 1, 2 und 3 des ursprünglichen Antrages würden nochmals das bekräftigen, was im Koalitionsvertrag stehe. Seine Fraktion wolle, dass die kommunale Daseinsvorsorge von dem Abkommen nicht negativ beeinträchtigt werde. Das intransparente

Verfahren werde kritisiert. Sich dem Positionspapier der kommunalen Spitzenverbände anzuschließen sei nicht ausreichend. Zu den Maut-Plänen habe man auch eine eigene Resolution beschlossen. Daher möchte seine Fraktion, dass zunächst über den Antrag abgestimmt werde.

KTM Ulrich sagt, dass der Antrag, der als gemeinsame Positionierung aller Fraktionen entworfen wurde, im ersten Passus sagt, dass das Verfahren die demokratischen Grundsätze untergräbt. Dies seien Aussagen, mit denen sich ihre Fraktion nicht identifizieren könne und die im linken Meinungsspektrum angesiedelt seien. Der eigene Bundesminister der SPD und Wirtschaftsminister habe sich wiederholt an die Spitze der Bewegung für ein Freihandelsabkommen gestellt. In der Tagesschau am 27.11. habe Gabriel gesagt, dass ein Scheitern eine mittlere Katastrophe sei, da es zu einem massiven Jobverlust kommen würde. Am gleichen Tag habe die Überschrift im Handelsblatt gelautet "Gabriel wirbt massiv für Freihandelsabkommen". Bei der PKW-Maut sei der Unterschied, dass die Auswirkungen ganz konkret und intensiv im Kreis Kleve spürbar werden. Vorliegend könne man sich der Positionierung der kommunalen Spitzenverbände anschließen. Bei einem solchen Abkommen könne sich der Kreis vor Ort nicht um jede Fußnote kümmern.

Landrat erklärt das Abstimmungsverfahren. Zunächst werde über den gemeinsamen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.11.2014 abgestimmt. Hierüber sei noch nicht abgestimmt worden. Sollte dem Antrag zugestimmt werden, werde es keine weitere Abstimmung geben, da der Antrag weitergehend sei. Sollte der Antrag abgelehnt werden, werde über den Antrag von KTM Prof. Dr. Klapdor abgestimmt (Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus dem Kreisausschuss). Er äußert, dass er nicht bewerten möchte, warum es zu keiner gemeinsamen Positionierung gekommen ist. Er möchte den Blick auf die Verbandspolitik lenken. Wenn die drei gemeinsamen Spitzenverbände auf Landes- und Bundesebene bei internationalen Abkommen oder nationaler Gesetzgebung eine Chance auf Gehör haben möchten, müssen sie sich einigen. Ansonsten habe man keine Chance. Der Landkreistag habe sich mit den anderen Verbänden auf das vorliegende Positionspapier geeinigt. Wenn der Kreis Kleve jetzt hingehe und eine abweichende Resolution beschließe, würde das bedeuten, dass das was mühsam als Ergebnis gefunden wurde, vom Kreis für falsch gehalten werde. Das Signal nach Berlin sei, dass der Kreis mit einer eigenen Stellungnahme seinem eigenen Verband in den Rücken fällt. Hiervon möchte er dringend abraten. Demokratie gelte auch innerhalb des kommunalen Spitzenverbandes.

Kreistag lehnt den gemeinsamen Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 25.11.2014 mehrheitlich bei 24 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen ab.

- Es findet eine fünfminütige Sitzungsunterbrechung auf Antrag von KTM Sickelmann statt -

Landrat möchte deutlich machen, dass sich der Kreistag mit der Anregung nach § 21 KrO NRW inhaltlich befasst hat, jedoch einen anderen Beschlussvorschlag zur Abstimmung stellt, als die Petenten beantragt haben.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen

Beschluss:

Der Kreistag des Kreises Kleve unterstützt die Position der kommunalen Spitzenverbände und bittet den Landkreistag NRW nachdrücklich, die Interessen der kommunalen Gemeinschaft zu vertreten.

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 136 /WP14

Kommunale Verbraucherpolitik im Kreis Kleve zum Thema machen
hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Kreistagsfraktion DIE LINKE / PIRATEN vom 27.10.2014

Landrat berichtet von der mehrheitlichen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses bei 7 Gegenstimmen.

KTM Franken stellt dar, dass seine Fraktion nicht beantragt habe, Haushaltsmittel für eine Verbraucherberatungsstelle zur Verfügung zu stellen. Der Antrag lautete, dass zunächst ein Bericht erstellt werden soll und ein Expertengespräch durchgeführt werden soll. Erst im Anschluss hieran solle geprüft werden, ob für eine mobile Verbraucherberatungsstelle Bedarf besteht. Im Kreisausschuss habe man sich an dem Begriff der Verbraucherpolitik gestört. Es sei gesagt worden, dass die Erstellung des Berichts und die Durchführung des Gesprächs Sache der Politik sei. Verbraucherpolitik würde alle politischen und verbandlichen Aktivitäten und staatlichen Maßnahmen bezeichnen, die dazu dienen, die Marktpositionen der privaten Endabnehmer und Konsumenten gegenüber den Produzenten, Händlern und Dienstleistungsanbietern zu stärken. Gerne könne man aber auch von Verbraucherberatung sprechen. In der Vergangenheit habe die CDU-Fraktion zusammen mit der FDP-Fraktion einen Antrag zur mobilen Wohnberatung gestellt. Hier sei ebenfalls im Vorfeld ein Bericht erstellt worden. Die Kreisverwaltung sei tätig geworden und habe zahlreiche Fragebögen ausgewertet. Scheinbar sei man in bestimmten Bereichen gewillt, eine mobile Beratung durchzuführen. Daher bittet seine Fraktion um Zustimmung.

KTM Ulrich sagt, dass ihrer Fraktion Verbraucherpolitik wichtig sei. In Verbindung mit der Einrichtung der mobilen Wohnberatungsstelle habe ihre Fraktion eigenständig Recherchen durchgeführt. Man könne weit ausholen, was alles zur Verbraucherpolitik gehöre. Die Problemfelder seien sehr vielschichtig. Der Antrag werde abgelehnt. Allenfalls der Punkt 3 sei ein Punkt mit Haushaltsrelevanz. Haushaltsberatungen würden zurzeit nicht stattfinden. Daher könne der Antrag ggfs. in den nächsten Haushaltsberatungen nochmals gestellt werden.

KTM Heinrichs äußert, dass er sich KTM Franken anschließen möchte. Es sei wichtig, sich von außen Meinungen einzuholen. Zunächst habe die SPD-Fraktion nur den Weg zur Verbraucherberatung beantragt. Am Ende müsse als Ergebnis die Einrichtung einer Verbraucherberatungsstelle stehen. Die nächste Verbraucherberatungsstelle sei erst in Wesel. Dies sei z.B. für Bürger aus Emmerich oder Goch sehr weit weg. Seine Fraktion würde dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen.

KTM Rupp ergänzt zu Punkt 2, dass man in den Heften des Landkreistages nachlesen könne, wie andere Landräte ihre Arbeit machen. Diese würden sehr wohl Gespräche etc. durchführen.

KTM Prof. Dr. Klapdor erwidert zu der Aussage von KTM Heinrichs, dass in einem Flächenkreis eine Verbraucherberatungsstelle auch nicht in der Mitte des Kreises hilft. In der Vergangenheit sei das mehrfach diskutiert worden.

KTM Wucherpfennig macht deutlich, dass ihre Fraktion ganz bewusst beantragt habe, dass geprüft werde, wie eine mobile Verbraucherstelle im Kreis Kleve wirken könne.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 26 Gegenstimmen

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion, der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Kreistagsfraktion DIE LINKE / PIRATEN vom 27.10.2014 wird abgelehnt.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 140 /WP14

Gemeinsame Beschulung von Auszubildenden im Gastgewerbe am Berufskolleg des Kreises Kleve in Kleve

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Ausbildungsberufe "Fachkraft im Gastgewerbe", "Restaurantfachmann / Restaurantfachfrau" und "Hotelfachmann / Hotelfachfrau" (Anlage A1 APO-BK) werden am Berufskolleg des Kreises Kleve in Kleve, Felix-Roeloffs-Straße 7, 47533 Kleve (Schulnummer 173990) ab dem Schuljahr 2014/15 in allen Schulstufen gemeinsam beschult.

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 135 /WP14

Förderschulen im Kreis Kleve
Umsetzung eines Rahmenkonzeptes zur Zukunft der Förderschulen

Landrat berichtet von der mehrheitlichen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses bei 2 Gegenstimmen.

KTM Währisch-Große möchte daran erinnern, wie das Konzept entstanden sei. Ihre Fraktion habe den Zeitdruck kritisch gesehen. Ziel sollte es sein, die UN-Konvention umzusetzen und einen inklusiven Unterricht zu ermöglichen. Es sei wissenschaftlich und international anerkannter Standard zu wissen, dass die Ergebnisse von Beschulung in allen Facetten in einem inklusiven System besser seien. Das jetzige Förderschulsystem sei nicht das richtige System. Es bedeutet aber nicht, dass die Arbeit missachtet werde. Eine neue Förderschulstruktur sei nicht gewünscht. Es werde befürchtet, dass diese sich jetzt etabliere. Ihre Fraktion habe keine neue Struktur gewollt und lehne den Beschlussvorschlag ab. Es solle nicht so getan werden, als ob es um die Frage „ganz oder gar nicht“ gehen würde. Man habe unterschiedliche Möglichkeiten und Ziel müsse es sein, die Menschen mitzunehmen. Ihre Fraktion lehne nicht alles ab, habe aber Probleme an einigen Stellen. Z.B. sei es für die Virginia-Satir-Schule nicht so eindimensional. Im Kreis Viersen würde eine Genehmigung der Bezirksregierung vorliegen, dass sie weiterbestehen könne. Das Land würde keinen treiben. Es sei nicht richtig, dass alle Schulen geschlossen werden müssten.

KTM Ulrich macht deutlich, dass es um das Wohl der Kinder gehe. Mit Ausnahme von KTM Währisch-Große hätten alle immer wieder bestätigt, dass bisher ein hervorragendes System bestanden habe. Jedes andere System könne nur eine zweitbeste Lösung sein. Es sei erfreulich, dass

es nun einen Konsens gebe. Hier sei dem Landrat, den Bürgermeistern und allen Beteiligten zu danken. Es sei hervorragende Leistung erbracht worden. Seitens des Landes hätten sich die Rahmenbedingungen geändert und diese müssten beachtet werden. Dieses habe bedauerlicherweise dazu geführt, dass es einen kurzfristigen Handlungsbedarf gegeben habe. Inklusion sei von allen gewollt. Dies sei im bisherigen System hervorragend möglich gewesen. Sicherlich müssen die Vorgaben und das neue Konzept evaluiert werden.

KTM Dr. Prior zitiert aus Prof. Dr. Klotz Vortrag. Dort heiße es „Kleve wächst“. Dies sei realistisch. In Kleve und Umgebung dürfe man eine eher antizyklische Entwicklung erwarten. Es sei wiederholt von Zeitdruck und den Vorgaben des Landes geredet worden. Es gebe einen subjektiven Zeitdruck. Das Land habe nur die Vorgabe gemacht, dass man inklusive Beschulung wünscht. Studien würden deutlich zeigen, dass sich die Inklusionsanteile erhöht haben. Bislang sei jedoch kein Rückgang an Förderschülern in Förderschulen zu verzeichnen. Dies bedeute, dass zurzeit eine vermehrte Feststellung eines Förderbedarfes stattfinde. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung und der unsicheren demografischen Entwicklung insgesamt möchte er warnen, die Demografie zu überschätzen. Die Schulentwicklung solle mit mehr Gelassenheit begleitet werden. Wenn er sich die Pläne anschaut, würde er sehen, dass die kritischen Grenzen an vielen Stellen noch nicht unterschritten seien. Man würde Schulen schließen, ohne an die Grenzen zu kommen. Es sei kein „Hauruck-Konzept“ gewollt. Die Zustimmung zur UN-Behindertenrechtskonvention sei von der Bundesregierung erfolgt. Die Landesregierung habe dies nur umgesetzt. Es sei nicht alles glücklich gelaufen. Seine Fraktion wolle nicht zurück zum alten System. Mit dem neuen Konzept habe seine Fraktion jedoch unterschiedlich gelagerte Probleme. Sehr viele junge Eltern würden ihre Kinder nicht auf die Förderschule schicken und nehmen die Inklusion gerne an. Man könne nicht jedes Kind mitnehmen, jedoch die deutliche Mehrheit. Es sei eine positive Entwicklung, wenn die Regelschule wirklich zur Regelschule wird. Das Konzept sei suboptimal.

KTM Franken sagt, dass es um das gemeinsame Lernen im Regelschulbereich gehen würde. Im Schuljahr 2009/2010 seien 375 Schülerinnen und Schüler in der Primarstufe und in der Sekundarstufe I im gemeinsamen Lernen im Regelschulbereich beschult worden. Es gehe um Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf. In 2014/2015 lag die Zahl bei 850. Das bedeute, dass die Entwicklung seit der UN-Konvention bestehen würde. Die Eltern hätten sich selbstständig dafür entschieden, ihr Kind im Regelschulbereich beschulen zu lassen. Das Wahlverhalten der Eltern habe sich seit Jahren geändert und das bestehende System müsse nun entsprechend angepasst werden. Es sei nicht richtig in die Vergangenheit zu schauen und zu sagen, dass man das beste System gehabt habe. Es gehe allein um die Anpassung an die Bedarfe. Das Rahmenkonzept sei vernünftig und mit allen Beteiligten erstellt. Dieses müsse in den nächsten Jahren jedoch sicherlich immer wieder auf Aktualität angepasst werden. Dass, was für ihr Kind das Beste ist, würden immer noch die Eltern entscheiden.

KTM Heinrichs äußert, dass er schon im Fachausschuss KTM Währisch-Große den Rat gegeben habe, in eine Förderschule zu gehen. Anschließend würde sie so nicht mehr argumentieren. Er dankt der Verwaltung und dem Landrat für die Erstellung des Konzeptes. Es handele sich um ein richtig gutes Rahmenkonzept, welches zukunftsorientiert sei. Es würde immer mehr Eltern geben, die ihre Kinder in die Förderschulen zurückschicken würden, da die Regelschulen es nicht leisten könnten, den Förderbedarf abzudecken. Es gehe für bestimmte Kinder mit Förderbedarf nicht darum einen Schulabschluss zu erreichen, der annähernd so ist, wie für Kinder ohne Förderbedarf. Es gehe darum, so viel Normalität wie möglich zu gewährleisten. Dies könnten mit wenigen Ausnahmen nur Förderschulen leisten. Der Kreis Kleve befinde sich auf einen guten Weg.

KTM Prof. Dr. Klapdor meint, dass selbstverständlich die Erarbeitung des Konzeptes und die Beratungen mit einem gewissen Zeitdruck verbunden waren. Der Zeitdruck sei von der Landesregierung verursacht worden. Mit dem jetzt vorgelegten Konzept würde kein Elternteil und kein Kind daran gehindert, in eine Regelschule zu gehen. Es bleibe dabei, dass die Entscheidung bei den Eltern liegt. Der Kreis mache nur ein Angebot, welches unter den vom Land geschaffenen Rahmenbedingungen das bestmögliche sei. Seine Fraktion werde zustimmen.

Ltd. KVD Boxnick verdeutlicht, dass für den Fall, dass das Förderkonzept nicht beschlossen werden würde, die Kinder auf der Straße stehen würden. Nach der Mindestgrößenverordnung würde es keine Ausnahmegenehmigungen geben. Die gesamten Förderschulen im Kreis wären geschlossen. Das Förderschulkonzept biete die Chance überhaupt eine Förderschule zu wählen.

KTM Habicht vertritt die Auffassung, dass die Zukunft zeigen wird, welcher der richtige Weg sei. Gerade den Eltern müsse die Wahl erhalten bleiben. Wenn die Inklusion angenommen wird, würden sich die Förderschulen von selbst auflösen.

Landrat nimmt Stellung zu der Aussage von Mitgliedern der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Aussagen seien sachlich falsch und politisch verwerflich. Es sei unglaublich, dass man politisch von einer Ministerin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN genötigt werde, ein System, das alle Bürgermeister, Räte und bisher auch die Mehrheit im Kreistag für richtig gehalten haben, aufzugeben und müsse sich dann im Kreistag fragen lassen, warum dies passieren würde und warum so schnell. Ausnahmegenehmigungen für die Zukunft gebe es definitiv nicht. Man sei von der Landesregierung gezwungen worden unter hohem Zeitdruck ein neues Förderschulkonzept zu entwerfen und umzusetzen, um zu verhindern, dass bestehende Schulen ungesteuert schließen. Das bisherige System sei das Beste gewesen. Dieses werde verlassen, da man hierzu gezwungen werde. Alle würden sich auf die Eltern berufen. Dann solle KTM Währisch-Große die Eltern und Kinder nennen, die nicht zufrieden mit dem bisherigen System sind. Er würde diese Personen nicht kennen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

Beschluss:

1. Die **öffentlich-rechtliche Vereinbarung** vom,..... zwischen dem Kreis Kleve und den Städten Emmerich am Rhein, Geldern, Goch und Kleve zur Übernahme der städtischen Förderschulen in die Trägerschaft des Kreises Kleve wird entsprechend des als Anlage beigefügten Entwurfes beschlossen.

2. Die **Virginia-Satir-Schule**, Förderschule des Kreises Kleve mit dem Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung, wird ab dem Schuljahr 2015/ 2016 (ab 01.08.2015) sukzessive aufgelöst. Der Auflösungsprozess wird nur solange fortgeführt, wie ein ordnungsgemäßer Schulbetrieb gewährleistet werden kann. Die endgültige, vollständige Auflösung der Schule erfolgt spätestens mit Ablauf des Schuljahres 2016/ 2017 (zum 31.07.2017).

3. a) Die **Astrid-Lindgren-Schule**, Förderschule des Kreises Kleve mit dem Förderschwerpunkt Sprache – Primarstufe – wird ab dem 01.08.2015 um die Förderschwerpunkte Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung - Primarstufe und Sekundarstufe I - im integrativen Verbund erweitert.

b) Die Astrid-Lindgren-Schule richtet ab dem 01.08.2015 am Schulstandort Schützenstraße 15 in 47574 Goch (derzeit Standort der Pestalozzischule, Förderschule der Stadt Goch mit dem Förderschwerpunkt Lernen) einen Teilstandort ein, der solange fortgeführt werden soll, wie ein ordnungsgemäßer Unterrichtsbetrieb gewährleistet werden kann.

Dieser Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der Rat der Stadt Goch die sofortige Auflösung der Pestalozzi-Schule zum 31.07.2015 beschließt, dies von der oberen Schulaufsichtsbehörde genehmigt wird und die Stadt Goch mit dem Kreis Kleve einen Mietvertrag zur Überlassung des Schulgebäudes nebst Inventar und Schulanlagen abschließt.

c) Die Astrid-Lindgren-Schule führt mit Wirkung vom 01.08.2015 den Offenen Ganztagsbetrieb ein.

4. a) Vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses der Stadt Emmerich am Rhein und der Genehmigung durch die obere Schulaufsichtsbehörde übernimmt der Kreis Kleve mit Wirkung

zum 01.08.2015 die Trägerschaft des **Förderzentrums Grunewald**, derzeit Förderschule der Stadt Emmerich am Rhein mit den Förderschwerpunkten Sprache, Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung, Hinter dem Kapaunenberg 3, 46446 Emmerich am Rhein.

b) Das Förderzentrum Grunewald richtet ab dem 01.08.2015 am Schulstandort Frankenstraße 25 in 47533 Kleve (derzeit Standort des Förderzentrums der Stadt Kleve, Förderschule mit den Förderschwerpunkten Lernen und Sprache) einen Teilstandort ein, der solange fortgeführt werden soll, wie ein ordnungsgemäßer Unterrichtsbetrieb gewährleistet werden kann.

Dieser Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der Rat der Stadt Kleve die sofortige Auflösung des Förderzentrums Kleve zum 31.07.2015 beschließt, dies von der oberen Schulaufsichtsbehörde genehmigt wird und die Stadt Kleve mit dem Kreis Kleve einen Mietvertrag zur Überlassung des Schulgebäudes nebst Inventar und Schulanlagen abschließt.

5. a) Vorbehaltlich eines entsprechenden Beschlusses der Stadt Geldern und der Genehmigung durch die obere Schulaufsichtsbehörde übernimmt der Kreis Kleve mit Wirkung zum 01.08.2015 die Trägerschaft der **Franziskusschule**, derzeit Förderschule der Stadt Geldern mit den Förderschwerpunkten Lernen sowie emotionale und soziale Entwicklung, Haagscher Weg 32, 47608 Geldern.

b) Die Franziskusschule wird ab dem 01.08.2015 um den Förderschwerpunkt Sprache - Primarstufe - im integrativen Verbund erweitert.

c) Die Franziskusschule richtet ab dem 01.08.2015 am Schulstandort Astrid-Lindgren-Straße 4 in 47608 Geldern-Veert (derzeit Teilstandort der Astrid-Lindgren-Förderschule des Kreises) einen Teilstandort ein, der solange fortgeführt werden soll, wie ein ordnungsgemäßer Unterrichtsbetrieb gewährleistet werden kann.

d) Die Franziskusschule richtet für die Zeit vom 01.08.2015 bis längstens 31.07.2017 am Schulstandort Hartfelder Dorfstraße 71 A in 47608 Geldern (derzeit Teilstandort der Astrid-Lindgren-Förderschule des Kreises) einen Teilstandort ein.

6. Vorbehaltlich der Genehmigung der oberen Schulaufsichtsbehörde zu den Punkten 1. bis 5. wird

a) mit Wirkung ab dem 01.08.2015 die Rechtsverordnung über die Bildung von Schuleinzugsbereichen für die Förderzentren des Kreises Kleve mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache sowie emotionale und soziale Entwicklung entsprechend des als Anlage beigefügten Entwurfes erlassen und

b) mit Wirkung zum 31.07.2015 die Rechtsverordnung über die Bildung von Schuleinzugsbereichen für die Astrid-Lindgren-Schule vom 01.02.2008, geändert durch Rechtsverordnung vom 06.04.2010 aufgehoben.

Zu Punkt 13 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 142 /WP14

Neubau des Berufskollegs in Geldern;

hier: Erweiterung des Investitionsvorhabens um eine Dreifach-Sporthalle sowie Veräußerung der Dreifach-Sporthalle an der Vernumer Straße in Geldern ("Sporthalle an der Landwehr")

Landrat berichtet, dass der Kreisausschuss den Tagesordnungspunkt ohne Beschlussempfehlung an den Kreistag verwiesen habe.

KTM Franken erläutert, dass in seiner Fraktion noch Beratungsbedarf bestanden habe. Die im Kreisausschuss gestellten Fragen seien zufriedenstellend beantwortet worden. Insbesondere die Antworten von Herrn Reynders zu Punkt Nr. 3 des Beschlussvorschlages seien hilfreich gewesen. Seine Fraktion werde uneingeschränkt zustimmen und sei gespannt auf das überregionale Nutzungskonzept für die Turnhalle.

KTM Düllings bringt seine Freude über die Zustimmung der SPD zum Ausdruck. Seine Fraktion habe sich bereits im Kreisausschuss positioniert und die Zustimmung signalisiert. Er möchte der Verwaltung für die umfangreiche Vorbereitung danken.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Der Kreistag stimmt dem Verkauf der Dreifachturnhalle an der Vernumer Straße in Geldern zu einem Kaufpreis von 1,45 Mio. € unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Beschlussfassung des Rates der Stadt Geldern zu. Der Kaufpreis wird in zwei gleich hohen Raten zum 15.02. und 01.07.2016 fällig. Die Notar- und Grunderwerbsnebenkosten sind durch die Stadt Geldern zu tragen. Der Landrat wird beauftragt, die zur Umsetzung erforderliche notarielle Vereinbarung zu treffen.
2. Der Kreistag stimmt der Errichtung einer Dreifach-Sporthalle am neuen Berufskolleg in Geldern in den Jahren 2015/2016 mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 5,6 Mio. € zu. Der erzielte Verkaufserlös von 1,45 Mio. € ist zur teilweisen Deckung heranzuziehen.
3. Der Kreistag stimmt gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW in Verbindung mit § 83 GO NRW überplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 4,15 Mio. € beim Sachkonto 78510000, PSP-Element 7.000309.700.300 „Neubau BK Geldern“ im Haushaltsjahr 2015 zu. Die Deckung ist durch entstehende Mehreinzahlungen aus dem GFG 2015 sowie dem Anteil des Kreises Kleve an der so genannten Übergangsmilliarde sicherzustellen. Die auf das Haushaltsjahr 2016 entfallenden Ein- bzw. Auszahlungen in Höhe von jeweils 1,45 Mio. € sind planerisch zu berücksichtigen.

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 134 /WP14

Gewerbliche Personenbeförderung

Änderung der ordnungsbehördlichen Verordnung über den Taxitarif für den Kreis Kleve

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die als Anlage 3 beigefügte Änderungsverordnung zur Taxitarifordnung für den Kreis Kleve wird als ordnungsbehördliche Verordnung erlassen.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 159 /WP14
Vorlage Nr. 159 a/WP14

Reaktivierung der Schienenverbindung von Kleve nach Nijmegen;
hier: Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 25.11.2014 sowie Antrag
der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 02.12.2014

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der gemeinsame Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 25.11.2014 sowie der
Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 02.12.2014 wird zur Vorberatung in die
nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung verwiesen.

Zu Punkt 16 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 115 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 5 - Kalkar;
Öffentliche Auslegung des Entwurfs nach § 27c Landschaftsgesetz - LG

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der überarbeiteten Fassung des Vorentwurfs
das Verfahren zur Aufstellung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 5: Kalkar fortzuführen
und den Entwurf gemäß § 27c Landschaftsgesetz - LG öffentlich auszulegen.

Zu Punkt 17 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 116 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 4 - Rees;
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees im Zu-
sammenhang mit der Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergie

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Kreisausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Den nachfolgenden Bewertungen der Verwaltung zu den einzelnen Konzentrationszonen wird zugestimmt:

Potenzialfläche 1: „Heeren-Herken“

Der Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 4 - Rees ist für den LSG-Bereich an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees anzupassen.

Potenzialfläche 2: „Kattenbruch“

Der Landschaftsplan Nr. 4 - Rees ist an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees anzupassen.

Potenzialfläche 3: „BAB“

Der Landschaftsplan Nr. 4 - Rees ist an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees anzupassen.

Potenzialfläche 4: „Haldern/Wertherbruch“

Der Landschaftsplan Nr. 4 - Rees ist an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees anzupassen.

Potenzialfläche 5: „Kalfovenweg“

Der Landschaftsplan Nr. 4 - Rees ist an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees anzupassen.

Potenzialfläche 6: „Haldern-Süd“

Der Landschaftsplan Nr. 4 - Rees ist an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees anzupassen.

Potenzialfläche 7: „Speldrop“

Eine Anpassung des Landschaftsplans Nr. 4 - Rees an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees ist nicht erforderlich, da keine Schutzfestsetzungen betroffen sind.

2.

Die Verwaltung wird beauftragt, die 4. Änderung des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 4 - Rees für die nachfolgend aufgeführten Potenzialflächen im vereinfachten Verfahren gemäß § 29 Abs. 2 Landschaftsgesetz (LG NRW) durchzuführen und umgehend den Eigentümern der von den Änderungen betroffenen Grundstücke und den von den Änderungen berührten Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben:

1. Heeren-Herken
2. Kattenbruch
3. BAB
4. Haldern/Wertherbruch
5. Kalfovenweg
6. Haldern-Süd

und

3.

Im Rahmen des vereinfachten Änderungsverfahrens die Unberührtheitsregelungen des Landschaftsplans des Kreises Kleve Nr. 4 - Rees wie folgt zu erweitern:

Unberührt bleiben, soweit durch besondere Bestimmungen für die einzelnen Landschaftsschutzgebiete nichts anderes bestimmt ist:

„j) bei den von der Stadt Rees bestimmten Flächen für Windenergie: Heeren-Herken, Kattenbruch, BAB, Haldern/Wertherbruch, Kalfovenweg und Haldern-Süd die Errichtung von Windenergieanlagen im Bereich von Konzentrationszonen des Flächennutzungsplans; für die damit verbundenen Ver- und Entsorgungsleitungen ist eine Befreiung zu erteilen, wenn das Vorhaben § 26 (2) BNatSchG nicht entgegensteht.“

Zu Punkt 18 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 144 /WP14

Rettungsdienst;
Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2013 und die Entlastung des Betriebsausschusses für den Rettungsdienst des Kreises Kleve

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Fachausschusses bei 1 Enthaltung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss 2013 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Rettungsdienst des Kreises Kleve" wird in der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RTU Euregio, Goch vorgelegten Form festgestellt (Bilanzsumme in Aktiva und Passiva gleichlautend 11.363.033,38 Euro). Der Jahresüberschuss von 937.716,35 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.
2. Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.

Zu Punkt 19 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 147 /WP14

Rettungsdienst,
Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2015 für den Rettungsdienst des Kreises Kleve

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Fachausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der als Anlage beigefügte Wirtschaftsplan 2015 für die eigenbetriebsähnliche Einrichtung "Rettungsdienst des Kreises Kleve" wird in der vorgelegten Form festgestellt.

Zu Punkt 21 der Tagesordnung:

Anfragen

KTM Heinrichs erinnert daran, dass in der ersten Kreistagssitzung gefragt worden sei, ob es richtig sei, dass der Kreis ein Problem damit hätte, einem offensichtlich sehr schwer behinderten Menschen einen Parkausweis auszustellen. Der Landrat habe daraufhin das Verfahren erläutert. Jetzt sei in der Zeitung zu lesen, dass der Ausweis ausgestellt worden sei. Er würde sich fragen, was das für ein Licht auf die Kreisverwaltung und den Kreistag werfen würde. Der Artikel suggeriere, dass der Ausweis ausschließlich aufgrund des öffentlichen Drucks ausgestellt worden sei. Er rege an, dass zukünftig weniger bürokratisch entschieden wird.

Landrat merkt an, dass KTM Heinrichs mit dieser Anfrage den Schaden eher vergrößert habe. Zukünftig solle er sich vor solchen Anfragen sachkundig machen.

Ltd. KVD Boxnick führt aus, dass bei der Beantwortung der Datenschutz zu beachten sei. In dem Fall habe es einen Erweiterungsantrag gegeben. Aufgrund des Antrages seien neue Arztberichte eingeholt worden. Aus neuen Arztberichten könnten sich dann Tatsachen ergeben, die dazu führen, dass Merkzeichen bewilligt werden. Das Verfahren habe sich nicht geändert und es habe sich auch nichts aufgrund des öffentlichen Druck geändert. Aufgrund der öffentlichen Diskussion habe sich das Ministerium den Fall angesehen und der Kreisverwaltung bescheinigt, dass das gesamte Verfahren rechtmäßig abgelaufen ist.

Landrat ergänzt, dass die ursprüngliche Ablehnung richtig gewesen sei. Es würden jetzt neue ärztliche Erkenntnisse vorliegen.

KTM Heinrichs entschuldigt sich, wenn der Eindruck entstanden sei, dass er der Kreisverwaltung falsches Handeln vorwirft.
